

Region/Kanton Bern

Ein Ausweis für Sans-Papiers

Biel Zürich ist auf dem Weg dazu, Biel soll folgen: Ein neuer Verein hat eine alternative Citycard lanciert. Künftig sollen sich damit Sans-Papiers und abgewiesene Asylsuchende in Biel ausweisen können. Noch ist die Karte jedoch nicht anerkannt.

Carmen Stalder

Das Kind für einen Kitaplatz anmelden, die Notaufnahme aufsuchen, ein Handyabonnement abschliessen oder das Halbtax der SBB kaufen: Für die meisten von uns sind das ganz alltägliche Dinge. Doch es gibt Menschen, die das alles entweder gar nicht dürfen oder aber Angst davor haben, dabei von den Behörden entdeckt zu werden. Die Rede ist von Sans-Papiers und abgewiesenen Asylsuchenden. Nach Schätzung der Berner Beratungsstelle leben allein im Kanton Bern zwischen 7000 und 9000 Personen ohne Aufenthaltsbewilligung.

2020 hat auf Initiative der Passerelle eine Gruppe von Bieler Stadträtinnen und -räten eine überparteiliche Motion eingereicht, die vom Gemeinderat die Einführung einer städtischen Identifikationskarte forderte. Der Gemeinderat will jedoch zuerst die Entwicklung und Erfahrungen der Zürcher Citycard abwarten (das BT berichtete). Das Stimmvolk hat am letzten Sonntag einem Rahmenkredit von 3,2 Millionen Franken zugestimmt, sodass Zürich nun mit den Vorbereitungen beginnen kann.

In Biel wollen derweil verschiedene Akteure nicht länger warten. Sie haben deshalb kurzerhand den Verein Citycard Biel gegründet und gestern einen eigenen alternativen Ausweis lanciert. Zu den Initiantinnen gehören die Stadträtinnen Ruth Tennenbaum (Passerelle), Anna Tanner (SP) und Marisa Halter (PDA), aber auch Institutionen



Die Bieler Citycard gibts bereits fürs Portemonnaie, ausweisen kann man sich damit aber nicht. RABIH HAJ-HASSAN

wie das Sleep-In, die Gassenküche, das Haus pour Bienne, der Ort und der Verein Fair.

Ein Ausweis für alle

Langfristiges Ziel des Vereins ist es, dass sich die Citycard als Aus-

weis für alle Bielerinnen und Bieler etabliert. Die Karte soll eine möglichst breite Akzeptanz und Verbreitung finden, sodass mit dem Vorzeigen der Citycard auf keinen illegalen Aufenthaltsstatus zu schliessen ist. Administra-

tive Angelegenheiten sollen für Sans-Papiers durch die Karte erleichtert oder überhaupt ermöglicht werden. Zudem soll damit ihre Teilhabe am öffentlichen Leben gesichert werden. Weiter soll die Citycard Ermässigungen

gewähren und vielleicht sogar einmal die Bibliothekskarte, das Badi-Abo und den Theaterpass in sich vereinen.

Aline Battagay von der Gassenküche sieht täglich Gäste ein- und ausgehen, die keine Aufenthalts-

bewilligung haben. «Die Angst, sich ausweisen zu müssen, lässt sie Hintereingänge benutzen und zentrale Plätze vermeiden.» Dieselbe Erfahrung macht Valerie Ackle vom Sleep-In: Gerade die Coronakrise habe gezeigt, in welch prekäre Situationen Sans-Papiers kommen können. «Sie können keine Wohnung mieten und keinen Arbeitsvertrag unterschreiben», so Ackle.

Ein symbolischer Beitrag

Bis sich diese Vision erfüllt, ist es jedoch ein weiter Weg. Denn noch ist das visitenkartengrosse Stück Karton in Biel nicht anerkannt und es hat keine rechtliche Gültigkeit. «Im Moment geht es bei der Citycard darum, sich solidarisch zu zeigen», sagt Anna Tanner.

Heisst: Möglichst viele Bielerinnen und Bieler sollen sich eine Karte beschaffen und sich der Bürgerinitiative anschliessen. Ruth Tennenbaum sagt dazu: «Wir wollen die Bevölkerung für den Bedarf einer anerkannten Citycard sensibilisieren und den Behörden den Beweis erbringen, dass es machbar ist.» Die Stadträtin hofft, dass das Projekt in Zürich dem Vorhaben in Biel zu einer rascheren Umsetzung verhilft.

Info: Die solidarische Citycard gibts zu einem Richtpreis von 20 Franken an der Marktgasse 34 und im Haus pour Bienne an der Kontrollstrasse 22. Weitere geplante Ausgabestellen sind die Bar auf dem Expo-Areal und das Multimondo.

«Ich habe den Krieg im Wohnzimmer»

Ukraineflüchtlinge Der Berner Regierungsrat Christoph Ammann ist mit einer Ukrainerin verheiratet. Er berichtet aus der Sicht der Betroffenen über die schwierige Erfahrung.

«Ich spreche aus Erfahrung»: Dies schickte Christoph Ammann (SP) voraus, als er gestern über Geflüchtete in Bern sprach. Seine Frau ist Ukrainerin, er habe den Krieg sozusagen im Wohnzimmer, «es sind Angehörige bei uns angekommen», sagte der Volkswirtschaftsdirektor vor den Medien. Sie wollten aber wieder zurück, sobald es die Kriegssituation zulasse. «Meine Schwiegereltern haben die Koffer nicht ausgepackt», so Ammann.

Rund 6600 Geflüchtete aus der Ukraine sind zurzeit im Kanton Bern gemeldet. An einer Medienorientierung gab die bernische Regierung Auskunft über die aktuelle Situation bezüglich Wohnen, Arbeiten und Schule.

Wohnen: Der Zustrom hat nachgelassen

Es kommen weniger Geflüchtete in den Kanton Bern als noch im April: Einerseits reisen gesamthaft weniger Menschen aus der Ukraine in die Schweiz, andererseits gibt es laut Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP) nun einen Ausgleich: Zu Beginn hatte Bern mehr Personen aufgenommen, als der interkantonale Verteilungsschlüssel dies vorsah.

1220 leben in einer Kollektivunterkunft, gut 600 haben eine eigene Wohnung gefunden, die grosse Mehrheit der Ukrainerinnen und Ukrainer aber lebt bei Gastfamilien. Es sei wichtig, weiterhin auf Angebote von Privaten zurückgreifen zu können, sagte Schnegg, denn: «Die Lageentwicklung bleibt unvorher-

sehbar.» Bis Ende Jahr rechnet der Kanton mit bis zu 30 000 Personen.

Arbeiten: 204 Personen haben eine Stelle

Die Stellensuche ist für Geflüchtete nicht leicht. Volkswirtschaftsdirektor Ammann erstaunt das nicht. Es handle sich um Menschen, die vor einem Krieg geflohen und teils traumatisiert seien, die zuerst Ruhe und Sicherheit finden müssten. Arbeitsmarktfähigkeit setze zudem minimale Sprachkenntnisse voraus.

Das bernische Amt für Wirtschaft hat bisher 204 Arbeitsbewilligungen ausgestellt. Die meisten Stellensuchenden haben laut Ammann eine Beschäftigung in saisonal ausgerichteten Bereichen wie Landwirtschaft oder Gastronomie gefunden.

Schule: «Doppelstrategie» des Kantons

An den Volksschulen im Kanton Bern seien bisher 1700 Kinder integriert, sagte Erwin Sommer, Vorsteher des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung. Sie besuchen 63 Willkommensklassen und 33 Intensivkurse Deutsch als Zweitsprache.

133 von ihnen werden in der Stadt Bern in 12 Intensivkursen Deutsch als Zweitsprache unterrichtet. So heissen in der Stadt die Willkommensklassen, wie Schulamtsleiterin Luzia Annen erklärt. Zudem gibt es in der Stadt 26 Kinder, die direkt in die Regelklassen aufgenommen wurden.

«Im Unterricht verfolgen wir eine Doppelstrategie», sagte Sommer. Dabei gehe es einerseits ums Deutschlernen, andererseits darum, den «Draht in die Ukraine» nicht abbrechen zu lassen. So habe etwa die Pädagogische Hochschule (PH) ukrainische Lehrpersonen

angestellt. Diese betreuten ein Onlineangebot, mit dem ukrainische Jugendliche bei der Arbeit mit ukrainischen Lernplattformen unterstützt würden.

Die Lehrpersonen werden durch einen PH-Onlinekurs «Deutsch als Zweitsprache» und durch Freiwillige entlastet. So hätten sich über 1000 Personen innerhalb eines Monats auf einen Aufruf hin gemeldet. Sie sollen als Lehrkräfte oder Klassenhilfen zum Einsatz kommen. «Das ist in einer Zeit des Lehrpersonenmangels beachtlich», sagte Sommer.

Nach den Sommerferien werde geprüft, welche Kinder in die Regelklassen aufgenommen werden könnten. Damit werde in den Willkommensklassen wieder Platz frei für neue Flüchtlingskinder, sagte Sommer.

Containerdorf: Bau kostet zehn Millionen Franken

Im Containerdorf Viererfeld in der Stadt Bern werden ab August bis zu 1000 Personen eine Bleibe finden. Die Bauarbeiten für die temporäre Unterkunft werden in den nächsten Wochen abgeschlossen, sagte Regierungsrat Schnegg. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf zehn Millionen Franken. Insgesamt werden im Kanton 8000 Plätze in kollektiven Unterkünften vorbereitet.

Auf dem Viererfeld ist auch eine Schule geplant, für die laut Volksschulamtsvorsteher Erwin Sommer bereits eine Leitung eingesetzt ist. Die Eröffnung ist für den 12. August vorgesehen. Nach Angaben von Berns Schulamtsleiterin Luzia Annen können bis 14 Klassen mit rund 180 Kindern unterrichtet werden. Dank dem geplanten Halbtagsunterricht finden sie Platz in den sieben Schulzimmern. Zudem könnten temporär Räume des Schulhauses Enge genutzt werden. *Brigitte Walser und Bernhard Ott*

So schleusen Chinesenbanden Prostituierte ein

Menschenhandel Die Kantonspolizei hat fünf Personen verhaftet, die Chinesinnen als Sexarbeiterinnen beschäftigten. Dabei bedienen sich die Drahtzieher dreister Tricks.

Am Dienstagabend schlug die Polizei zu: In einer koordinierten Aktion unter Federführung der Kapo Bern kam es in den Kantonen Bern, Basel, Aargau, Luzern und Nidwalden zu insgesamt 14 Hausdurchsuchungen. Der Verdacht: Menschenhandel und Förderung der Prostitution. Von den mutmasslichen Drahtziehern wurden drei Männer und zwei Frauen im Alter zwischen 27 und 50 Jahren verhaftet, wie die Kantonspolizei Bern gestern mitteilte.

Es deutet vieles darauf hin, dass dahinter ein chinesisches Netzwerk steckt. So sind zwei der Beschuldigten chinesische Staatsbürger – neben einem Schweizer, einer Schweizerin und einer Deutschen. Auch bei den Opfern handelt es sich um chinesische Frauen. Deren sechs nahm die Polizei für Befragungen auf die Wache. Vermutet wird eine weit grössere Anzahl weiterer Opfer.

Die von langer Hand geplante Aktion kann als nachhaltiger Schlag gegen den chinesischen Menschenhandel in der Schweiz angesehen werden. Ein solcher existiert schon länger. Mit 500 bis 600 permanenten Opfern rechnet Trafficking.ch – eine NGO, die sich der Bekämpfung von Menschenhandel verschrieben hat. Bekannt sind vor allem Fälle im Zusammenhang mit Arbeitsausbeutung in chinesischen Restaurants. In den letzten Jahren nahm nun offenbar auch die sexuelle Ausbeutung von Prostituierten ein immer grösseres

Ausmass an. Ein Kenner der illegalen Machenschaften im Rotlichtmilieu ist Alexander Ott, Leiter der Stadtberner Fremdenpolizei. Er will zum laufenden Verfahren nichts sagen. Doch sprach er schon vor drei Jahren gegenüber der «Berner Zeitung» von einem «wachsenden Druck aus China auf das Prostitutionsmilieu».

Laut Kantonspolizei Bern wurden die chinesischen Frauen im aktuellen Fall in gemieteten Wohnungen oder Zimmern einquartiert, um dort anzuschaffen. Recherchen zeigen, dass sich die Unterkünfte in der Agglomeration Bern befanden. Zum Teil handelte es sich um Airbnb-Wohnungen.

Die ermittelnde Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben wird noch viele Fragen zu klären haben. So etwa, wie die chinesischen Drahtzieher hier Fuss fassen konnten. Laut einer mit den Ermittlungen vertrauten Quelle ist es keinesfalls so, dass sich die aus dem Ausland stammenden Beschuldigten illegal hier aufhielten. Auch von den Opfern hielten sich nicht alle illegal in der Schweiz auf. Ein beliebter Trick, um den Sexarbeiterinnen hierzulande einen unauffälligen Aufenthalt zu ermöglichen, sei etwa die Anmeldung an einer Schule, zum Beispiel an Hotelfachschulen.

Doch wie genau funktioniert die Ausbeutung? Im einen oder anderen Fall soll der Verdacht auf sogenannte Schuldnechtschaft bestehen. Diese Form der Zwangsarbeit kommt häufig in asiatischen Ländern vor. Dabei vergeben Privatpersonen oder -unternehmen bedürftigen Landsleuten Kredite zu überhöhten Zinsen. Diese müssen ihre Schulden fortan abarbeiten – ohne reelle Chancen auf Erfolg. *Michael Bucher*